

Montag, den 15. Oktober 2018

## **Flächenverbrauch**

Bei den Wahlergebnissen in Bayern wurde in ARD und ZDF mehrfach berichtet, dass viele Wähler wegen des zunehmenden Flächenverbrauchs in Bayern und trotz guter Wirtschaftsprognosen gegen den Flächenfraß die Grünen gewählt haben. Auch in Baden-Württemberg ist der Flächenfraß wegen ähnlicher Bedingungen ein großes Thema, das neben dem BUND Dossenheim auch viele Bürger vor Ort in Dossenheim bewegt.

Trotz aller Beteuerungen seitens der Parteien im Gemeinderat und der Verwaltung, dass niemand vorhat, demnächst im ökologisch hochwertigen Gebiet Augustenbühl zu bauen, ist das Vertrauen in diese Aussage bei vielen schlicht und einfach nicht vorhanden. Gründe hierfür liegen auch in der jahrzehntelangen Ungewissheit über die Zukunft dieses Gebiets und im letzten Gemeinderatsbeschluss zum Flächennutzungsplan vom 26. Juni 2018 (wozu das Protokoll immer noch nicht vorliegt). Obwohl Transparenz an dieser Stelle dringend erforderlich wäre, müssen auch wir als anerkannter Umweltverband nunmehr **fast vier Monate** lang auf dieses Protokoll warten.

Das Versprechen einer Gemeinderatsfraktion, Sozialwohnungen in Dossenheim zu bauen und das ausgerechnet im ökologisch hochwertigen Gebiet Augustenbühl ist ein uns als Umweltverband leider sehr bekanntes Szenario: hier werden soziale gegen ökologische Belange ausgespielt.

Es gibt nur einzelne Stimmen aus dem Gemeinderat, die sich eindeutig gegen eine zukünftige Bebauung des Augustenbühls aussprechen. Dagegen gibt es eine nicht unerhebliche Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die sich konkret gegen jegliche Bebauung des Augustenbühls wenden.

Auch auf Landesebene beschäftigt das Thema Flächenverbrauch den BUND:

*Donnerstag, den 4. Oktober 2018*

### ***BUND Baden-Württemberg besorgt über wieder zunehmenden Flächenverbrauch***

*Kommunen brauchen schärfere Vorgaben*

*Mit Sorge betrachtet der BUND Baden-Württemberg den zunehmenden Flächenverbrauch im Land. Mit 7,9 Hektar pro Tag steigt dieser 2017 erstmals seit 2013 wieder deutlich an. „Das ist ein alarmierendes Zeichen und zeigt, dass die Landesregierung nicht energisch genug handelt. Der mehr als verdoppelte Flächenverbrauch gegenüber 2016 kann nicht allein auf statistische Sondereffekte zurückgeführt werden“, kommentiert Dr. Brigitte Dahlbender, Landesvorsitzende des BUND, die heute vom Statistischen Landesamt vorgestellten neuen Daten. „Als wesentliche Ursache des Anstiegs sehen wir die Tendenz vor allem in den kleineren Kommunen, unter dem Vorwand der Schaffung dringend notwendigen Wohnraums wieder verstärkt Einfamilienhausgebiete auf der grünen Wiese auszuweisen. Begünstigt wird diese Entwicklung durch den neu ins Baugesetzbuch eingeführten § 13b, der es den Kommunen im Außenbereich erlaubt, beschleunigt Wohnbauland auszuweisen. Damit wird kein preisgünstiger Wohnraum geschaffen, sondern nur wertvolle Fläche verbraucht. Wir fordern die Landesregierung auf, beim Bund auf eine Abschaffung von § 13b BauGB hinzuwirken und gegenüber den Gemeinden schärfere Vorgaben durchzusetzen“, so Dahlbender.*

*Der BUND unterstützt ausdrücklich die Anstrengungen des Landes und der Kommunen, im Innenbereich neuen preisgünstigen und verdichteten Wohnungsbau zu schaffen. „Die aktuellen Entwicklungen der beschleunigten Flächenausweisungen im Außenbereich sind aber kontraproduktiv und nicht geeignet, die Wohnungsnot im Land zu beseitigen“, erklärt Dahlbender.*